

# Entwicklungen in Europa und anderswo

5. April 2017

E-Government

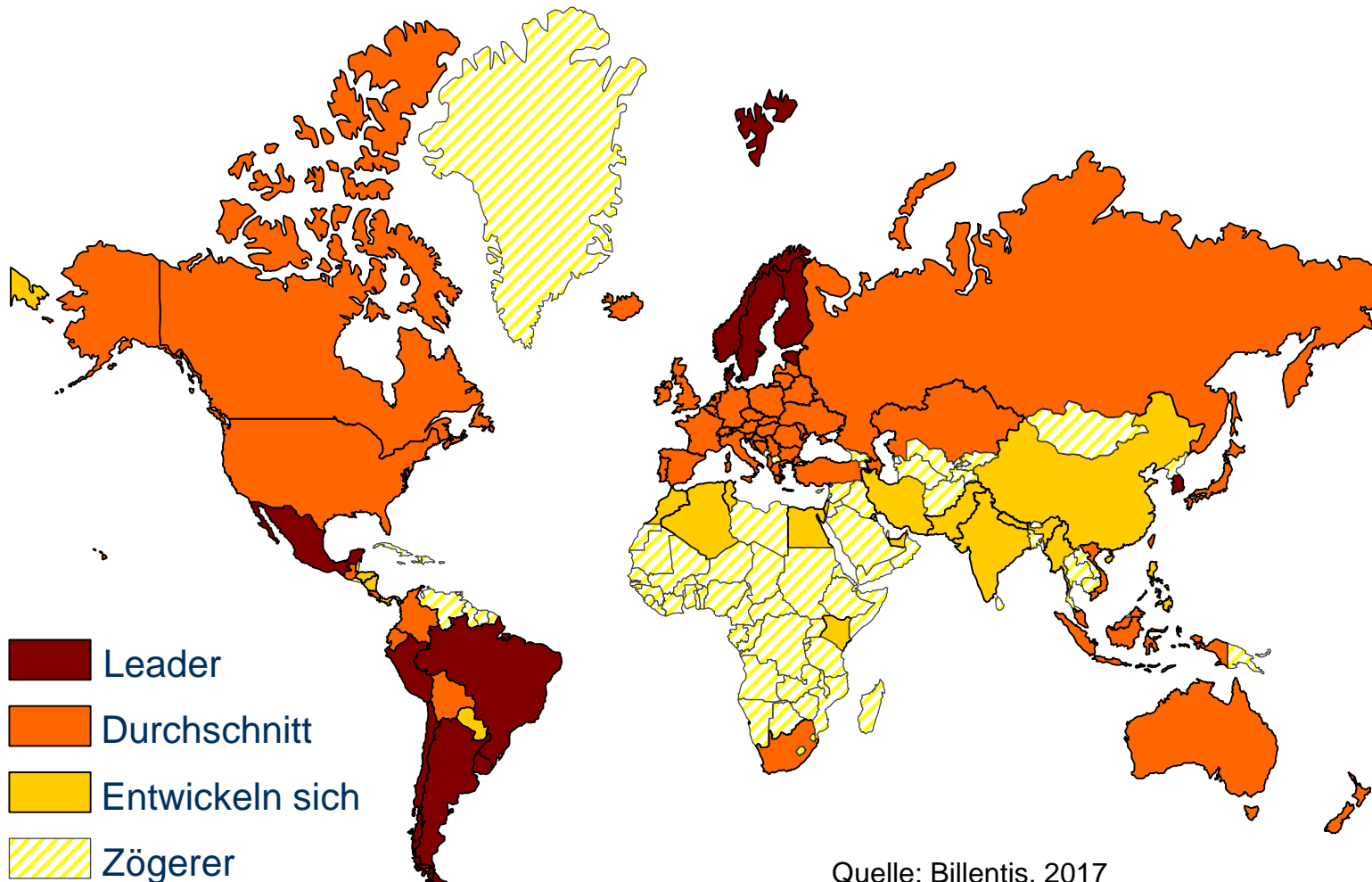
E-Rechnung

E-Rechnung für die öffentliche Verwaltung in der Schweiz



Bruno Koch

# Internationaler E-Invoicing Markt 2017



- Öffentlicher Sektor liegt zurück, ändert dies nun aber rasch
- Teilweise oder komplette Verpflichtung für elektronische B2G-Rechnungen in Betrieb bzw. angekündigt in AT\*, BE\*, CH\*, DK, EE, ES, FI, FR, IT, NL\*, NO, PL, SE, SI
  - \*Nicht für alle föderalen Ebenen
- Dänemark: Verpflichtung seit 2005, inzwischen auch für elektronische Bestellungen; NemHandel Regelwerk
- Frankreich: 80'000 Verwaltungseinheiten bereit; gestaffelter Lieferanten-Rollout; Chorus Plattform; akzeptiert auch PDFs
- Italien: 650'000 Lieferanten → 54'000 Verwaltungseinheiten; Anreiz zur Plattformnutzung für B2B-Rechnungen
- Österreich: rund 60'000 Lieferanten an BVerw; agiert auch als Dienstleister für Bundesländer; mehrere Einlieferkanäle, u.a. PEPPOL (europäisches Regelwerk für Interoperabilität)
- Norwegen und Polen: PEPPOL für alle föderalen Ebenen
- Schweden: PEPPOL für BVerw, keine Vorgabe für Rest

# Verbindliche Umsetzungsschritte für die öffentliche Verwaltung in der EU

# EU Richtlinien mit weitreichendem Potenzial



- Richtlinien 2014/24/EU (öffentliche Auftragsvergabe) und 2014/55/EU (elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen)
- Verpflichtet über 300'000 öffentliche Administrationen in EU-Ländern ab November 2018 (+18 Monate für Kantone und Kommunen) System- wie Prozess-mässig bereit zu sein für e-Procurement und e-Invoicing
- EU-weite B2G Standards; Architektur ermöglicht spezifische Meldungserweiterungen für B2B-Rechnungen
- Rein bildhafte E-Rechnungen reichen nicht → Strukturdaten (XML) oder ZUGFeRD (PDF/A-3 mit eingebetteten XML-Daten)

- EU Einflussbereich nur für überschwellige Beschaffungen
- Richtlinien verpflichten nur den öffentlichen Sektor, sich für Digitalisierungsschritt bereit zu machen
- Mitgliedsländer nutzen die EU Richtlinien und dadurch bedingten Gesetzesanpassungen für weitergehende Schritte
  - Soll öffentliche Verwaltungen für ober- und unterschwellige Beschaffungen verpflichten
  - Soll nicht nur eine Verpflichtung für öffentliche Verwaltung werden, sondern auch den Weg ebnen für ein generelles B2G Obligatorium (DE, SE, PL, ...)

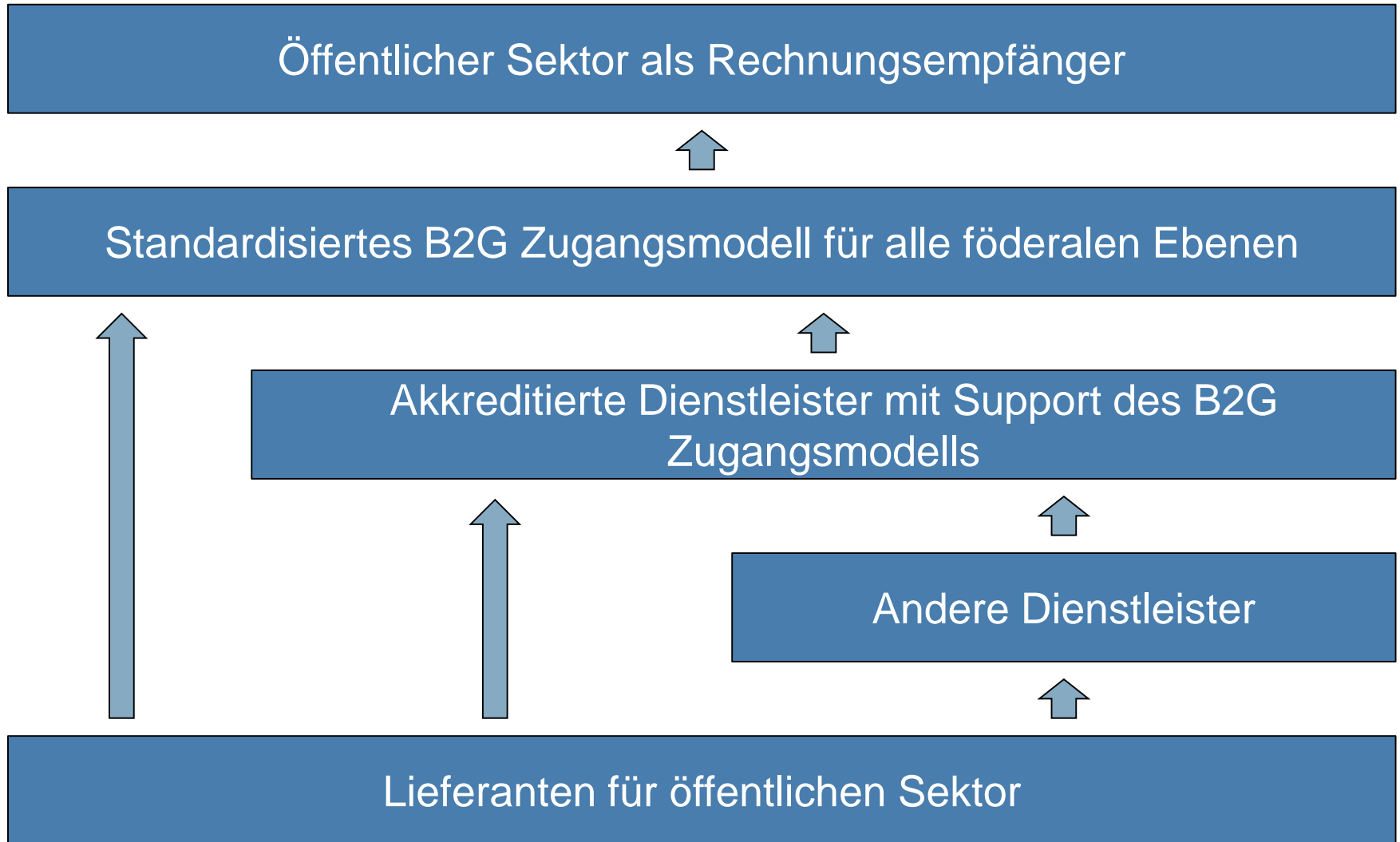
# Vorzeigemodell Australien

- Ausgangslage und Aufgabenstellung
  - Erstkontakt und Auftragsvergabe
  - Marktstatus
  - Land, das von Erfahrungen in Übersee lernen will
  - Modell soll es erlauben, den Massenmarkt rasch zu adressieren; Interoperabilität, Standards, ...
  - Rolle des Staates und anderer Multiplikatoren?
- Vorgehen
  - Erster Richtungsentscheid: Clearance Modell Ja/Nein?
  - Modell-Vorschlag als Kombination aus besten Einzelkomponenten in Übersee
  - Beurteilung durch wichtige Marktteilnehmer, KMU-, IT-, Treuhand-Verbänden, Banken, Endbenutzer, Dienstleister für e-Rechnung, Bundesverwaltung und Staaten



- Australiens Steuerbetrugsrate etwa 1/3 und öffentliche Verschuldung etwa die Hälfte unter Welt-Durchschnitt → Nein zu Clearance-Modell, stattdessen Orientierung an europäischen Erfolgskomponenten
- Rolle des Staates
  - Initiator-Rolle nötig und von Multiplikatoren gewünscht
  - Soll Lieferanten für B2G e-invoicing verpflichten
- Wichtige Einzelkomponenten
  - Standard als Subset eines internationalen Standards
  - Regelwerk für Interoperabilität zwischen Dienstleistern
  - Akkreditierung der Dienstleister im B2G Segment
  - Multistakeholder Forum für Ausarbeitung der Details

# Das Modell im Überblick



- Verwaltung
  - BVerw hat bereits viele ihrer Verwaltungseinheiten für e-Rechnung Lösungs- und Prozess-mässig vorbereitet
  - BVerw koordiniert ihre Aktivitäten mit Bundesstaaten und motiviert diese für Adaption des Modells und B2G-Verpflichtung auf ihrer föderalen Ebene
  - Gibt öffentliches Commitment für Modell/Standard ab
- Privatwirtschaft und Multistakeholder Forum
  - Standard nach nur 6 Monaten verabschiedet
  - Anbieter von ERP-/Buchhaltungslösungen setzen um
  - MSF akkreditiert gegenwärtig erste Dienstleister

Das australische B2G Modell dürfte ein halbes Jahr vor jenem der EU laufen, u.a. auch wegen der hohen Bereitschaft, bereits Erfundenes einfach zu adaptieren.

# Was die Schweiz daraus lernen kann

- Schweiz hat als Pionier für e-Rechnungen viel erreicht
- Heute würde man wohl Vieles etwas anders machen
- Szenarien für künftige B2G Entwicklung
  1. Status Quo; läuft; Interoperabilität bleibt proprietär und international wenig kompatibel
  2. Modell wie in Australien aufbauen und umsetzen; dauert und kostet
  3. B2G-Ausschreibungen und Vertragserneuerungen enthalten künftig eine Anforderung sinngemäss mit „Dienstleister unterstützt ab Produktivdatum die Interoperabilität zu anderen Dienstleistern auf Basis von PEPPOL oder etwas mindestens Ebenbürtigem; beschreiben Sie, wie Sie den gegenüber heutigen Interconnects besseren Status erreichen wollen.“

Bruno Koch

+41 71 911 60 32

[www.billentis.com](http://www.billentis.com) [Twitter](#) [XING](#) [LinkedIn](#)

**LinkedIn-Gruppe:** E-Rechnung – elektronische Rechnungsverarbeitung